

Ä56

Antrag

Initiator*innen: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Titel: Ä56 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina, Israel und dem Libanon

Titel

Ändern in:

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

Antragstext

Von Zeile 410 bis 412:

~~4.2 Die Anerkennung des Genozids an den Palästinenser*innen durch die Bundesregierung sowie die Unterstützung internationaler Rechtsinstitutionen wie des IGH bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen.~~

- Keine neuen deutschen Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter nach Israel, die im völkerrechtswidrigen Vorgehen in Gaza, der Westbank oder auf dem Golan eingesetzt werden können. Gleichzeitig gehört zu unserer Verantwortung gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für die Verteidigung Israels vor Angriffen durch das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen oder die Hamas zu gewähren.

Begründung

Der Änderungsantrag differenziert stärker zwischen Waffenlieferungen für

völkerrechtswidrige Einsätze und möglichen Lieferungen zur Verteidigung Israels gegen externe Angriffe. Dadurch wird sowohl dem Schutz des Völkerrechts als auch der Sicherheitsverantwortung Deutschlands gegenüber Israel Rechnung getragen.